

Eine Abweichlerin wird entsorgt

Die Professorin Lamia Messari-Becker wird nicht wieder in den Umweltsachverständigenrat berufen. Über die Gründe schweigt die Umweltministerin. Offenbar zeigte die Wissenschaftlerin zu wenig Anpassungsfähigkeit – und zu viel Respekt vor dem Grundgesetz.

Von Alexander Wendt 12. Juni, 2020

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) soll der Bundesregierung mit wissenschaftlicher Beratung zur Seite stehen. Zurzeit sitzen sieben Mitglieder in dem 1971 gegründeten Gremium, das alle vier Jahre einen regulären Bericht und darüber hinaus Sondergutachten vorlegt.

Es gab zwei Berichte, den regulären Report und eine Sonderveröffentlichung, in denen es nicht beziehungsweise nur ganz am Rand um Wissenschaft geht, sondern um ein politisches Projekt. Der SRU begründet darin auf über 200 Seiten die Notwendigkeit, ein Gremium von einer Art zu gründen, das die Bundesrepublik bisher nicht kennt: einen „Rat für Generationengerechtigkeit“, der die Macht besitzen soll, in Gesetzgebungsverfahren des Bundestags einzugreifen.

In beiden Papieren des SRU findet sich ein abweichendes Votum: Im Fachbericht eins zum Thema Stadtentwicklung, in dem Sondergutachten eine längere Ausführung, die begründet, warum der geplante Gerechtigkeitsrat mit Vetomacht verfassungswidrig wäre und den Parlamentarismus aushöhlen würde. Beide Sondervoten stammen von demselben Mitglied, Lamia Messari-Becker, Professorin für Gebäudetechnik in Siegen. Nach der Übergabe der Berichte bedankte sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze ausdrücklich für die „erstklassige Beratung“, und teilte intern eine Personalie mit: Sie wird Messari-Becker, die Autorin der abweichenden Stellungnahmen, nicht wieder in den SRU berufen. Messari-Becker, Jahrgang 1973, hätte gern weitergemacht. Ihre fachliche Kompetenz bezweifelt bisher niemand. Auf die Frage von Publico, warum Schulze die Wissenschaftlerin nicht mehr in dem Gremium haben will, antwortet das Bundesumweltministerium an der Frage vorbei: „Bitte haben Sie Verständnis, dass wir uns zu einem laufenden Berufungsverfahren nicht äußern.“

Messari-Beckers Geschichte handelt zum einen von einem Klima, das sich in Politik und Gremien ausbreitet, ein Klima der zunehmenden Debattenunverträglichkeit. Ohne die Professorin wird es im Sachverständigenrat vermutlich mehr Harmonie geben. Zum anderen geht es um eine Entwicklung, die schon vor Jahren begann, jetzt aber Fahrt aufnimmt:

die Verlagerung von politischen Entscheidungen weg vom Parlament, hin zu diversen Räten, Instituten, Nichtregierungsorganisationen und Lobbyverbänden. In dieser politischen Ordnung, wie sie den Wortführern dieser neuen Mächte vorschwebt, entscheiden ab einem bestimmten Punkt nicht mehr Mehrheiten von gewählten Abgeordneten, sondern Meinungsorganisatoren mit Signalwörtern, dem so genannten Narrativ.

Wer sich mit Lamia Messari-Becker länger unterhält, dem fällt auf, dass bei ihr Redewendungen nicht vorkommen, wie sie bei vielen Gremienmitgliedern in Deutschland üblich sind. Kein 'vielleicht' und 'eventuell', kein 'wir', wenn sie nicht wirklich das ganze Gremium meint, kaum Passivkonstruktionen wie 'ist entschieden worden'. Sie spricht sehr direkt. „Als Bauingenieurin komme ich aus einer sehr männerdominierten Branche“, sagt sie. „Da hab' ich gelernt, mich durchzusetzen.“ Im Rat habe sie es nicht darauf angelegt, die Rolle der Dissidentin zu übernehmen. Möglicherweise liegt es an ihrem Verständnis vom Zweck des Gremiums, dass sie trotzdem nach und nach in diese Situation rutschte: „Für mich ist der Sachverständigenrat ein wissenschaftliches Gremium und kein politisches.“ Ihre Blick auf Umweltfragen, meint sie, sei eben der einer Fachfrau für Bauen und Stadtentwicklung: „Ich bin es als Ingenieurin gewohnt, mich an Zahlen und Fakten zu halten.“

Messari-Becker stammt aus Nordmarokko. Sie kam mit 18 Jahren nach Deutschland. „Ich konnte kein Wort Deutsch“, erzählt sie. In zwei Monaten lernte sie die Sprache, anschließend studierte sie an der TU Darmstadt. Sie liebt die Rationalität ihres Fachs, und auch das Land, dem diese Rationalität nachgesagt wird. Ein Satz, den sie sehr gern sagt, lautet: „Wir sind eine Ingenieursnation.“

Ihr sei von Kollegen im Sachverständigenrat immer mal wieder vorgehalten worden, sie sei in

Debatten so „*temperamentvoll*“. Sie erzählt das mit einem ironischen Unterton. Ihr Temperament, meint sie, sei ja wohl nicht der Grund für die Auseinandersetzungen gewesen.

Im Rat sitzt auch eine Professorin, die das Gremium durchaus politisch sieht, also ganz anders als Messari-Becker: Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), eine talkshowerfahrene Streiterin für Wind- und Solarenergie und Umbau der Wirtschaft. Kemfert gibt nicht nur der Politik Stichworte, sie wäre auch gern in die Berufspolitik gewechselt. Als der damalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen 2012 versuchte, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen zu werden, machte er die DIW-Professorin zum Mitglied seines Schattenkabinetts als künftige Ministerin für Energie und Klima. Bekanntlich spielten die Wähler nicht mit. Sie kann sich damit trösten, dass sie trotzdem politische Entscheidungen beeinflusst wie kaum ein anderer Mitarbeiter eines Wirtschaftsinstituts.

Ihren eigentlichen Durchbruch als medial-politisch betriebsame Ökonomin erlebte Kemfert, als sie 2011 prognostizierte, die Umlage für Erneuerbare Energien werde bis 2020 nur „*gering*“ über den damaligen Stand von 3,59 Cent pro Kilowattstunde steigen. Diese Voraussage übernahm Angela Merkel fast wortwörtlich in ihrer Regierungserklärung im März 2011, in der sie den Ausstieg aus der Kernkraft und die verstärkte Förderung der Erneuerbaren bei gleichzeitig konstanten Kosten verkündete.

Kemfert hatte 2008 außerdem spekuliert, der Ölpreis werde bald auf 200 Dollar pro Barrel steigen. Die konventionellen Energien, lautete die von Politikern wie Merkel und etlichen Medien übernommene Rechnung, würden bald unbezahlbar, Wind- und Sonnenstrom gebe es zu geringen Preisen, die Energiewende finanziere sich also selbst. Bekanntlich trat Kemferts Wunder nicht ein. Bis 2020 verdoppelte sich die EEG-Umlage fast, Deutschlands Strompreise rangieren heute an der Spitze in Europa. Einen Ölpreis von 200 Dollar gab es seit 2008 nie.

Von einem Irrtum will Kemfert bis heute nicht sprechen. „*Zu behaupten, der Strom sei wegen der Energiewende so teuer, ist ein reines Ablenkungsmanöver*“, behauptete sie 2017 in der *Zeit*. Teuer sei der Strom nur wegen der Kohlekraftwerke. Die bekommen allerdings keine staatlichen Garantiepreise für ihre Kilowattstunden. Zahlen und Fakten schiebt die DIW-Frau gern beiseite.

„*In allen Feldern gibt es für deutsche Unternehmen echtes Weltmarkt-Potential und damit weiterhin die Chance auf ein grünes Jobwunder!*“ behauptete sie etwa. Tatsächlich liegt die Zahl der so genannten „*grünen Jobs*“ in Deutschland laut Bundeswirtschaftsministerium heute deutlich tiefer als vor acht Jahren. Kritiker, die ihr Irrtümer und Fehlkalkulationen vorhalten, beschimpft Kemfert als die „*laut schreienden Ewig-Gestrigen, die leicht widerlegbare Mythen in die Welt setzen*“ – so vor kurzem in einem Rechtfertigungstext in *Capital*.

Kemferts Publikationen, urteilt der Düsseldorfer Ökonomie-Professor Justus Haucap, ehemaliger Leiter der Deutschen Monopolkommission, beruhen „*auf Glaubenssätzen und alternativen Fakten (beziehungsweise) dem Weglassen wichtiger Daten.*“ Vorwürfe dieser Art gab es gegen Messari-Becker nie. Trotzdem berief Umweltministerin Schulze am 10. Juni Kemfert erneut, Messari-Becker nicht. Insgesamt verließen vier frühere Mitglieder den Rat, drei aus Altersgründen, ein Mitglied freiwillig – und die Professorin mit den abweichenden Voten, weil die Ministeriums-führung es so wollte.